

- Handelsvereinbarungen der DDR und die Abwicklung von Exportaufträgen,
- Angaben über Umfang, Qualität und Spezifikation exportierter oder zum Export vorgesehener Erzeugnisse,
- Montage- und Einsatzorte im Ausland,
- Liefertermine,
- Informationen über die Kundendienstorganisation, die Ersatzteilversorgung, Reparaturtätigkeit und Garantieleistungen,
- Absatzperspektiven und Absatzchancen vor allem für neuentwickelte Erzeugnisse,
- Bemühungen der DDR um den Aufbau eigener Absatzorgane im Ausland,
- Importe aus kapitalistischen Ländern, darunter Zulieferungen von Einbauteilen für Exportartikel volkseigener Betriebe der DDR,
- Spezifikationen und Preis von Konkurrenzangeboten aus kapitalistischen Ländern.

Die auf der Grundlage derartiger Spionageinformationen organisierte ökonomische Störtätigkeit richtete sich insbesondere gegen die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR sowie unter Mißbrauch derselben gegen verschiedene, vor allem exportintensive und strukturvestimmende Industriezweige der DDR.

Unter Ausnutzung der Importbeziehungen der DDR zu Handelspartnern im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet versuchten dabei feindliche Kräfte in kapitalistischen Wirtschaftsunternehmen, durch Vergrößerung der Abhängigkeit der DDR von Importen aus Westdeutschland, Westberlin und dem kapitalistischen Ausland und Schaffung einer Monopolstellung bei der Belieferung volkseigener Betriebe, insbesondere solcher, die als Kooperationspartner anderer Industriebetriebe in Erscheinung treten, bei gleichzeitiger Zurückdrängung gleichartiger Eigenproduktionen in der DDR, Voraussetzungen zur Störung verschiedenster Bereiche der Volkswirtschaft zu schaffen.